

**Europabüro der bayerischen Kommunen**  
**Europabüro der baden-württembergischen Kommunen**  
**Europabüro der sächsischen Kommunen**

***Brüssel Aktuell 14/2011***

(08. – 15.04.2011)

**I. Aus dem Ausschuss der Regionen**

- |  |   |
|--|---|
| 1. Plenum verabschiedet zwei Stellungnahmen zur EU-Regionalpolitik                           | 2 |
| 2. Sitzung der Interregionalen Donaauraum-Gruppe und Verabschiedung des 2. Initiativberichts | 4 |

---

**II. Au den europäischen Verbänden**

- |   |   |
|---|---|
| Workshop zu "ELAC" für ältere Migranten | 5 |
|---|---|

---

**III. Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen**

- |   |   |
|---|---|
| Energieeffiziente Mobilität in einer älter werdenden Gesellschaft | 7 |
|---|---|

---

**IV. EU-Depeschen**

- |  |  |
|--|--|
| - Binnenmarktakte – Europäisches Parlament segnet Fahrplan für Binnenmarktgesetzgebung ab  |  |
| - Parlament diskutiert über Zukunft der Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse   |  |
| - Anhörung der Kommission und Sozialpartner zur Novellierung der Arbeitszeitrichtlinie     |  |
| - Konsultation zu elektronischen Gesundheitsdiensten 2012 – 2020                           |  |
| - EU-Verordnung zu Kriterien für das Ende der Abfalleigenschaft bestimmter Schrottarten    |  |
| - Auswertung der Konsultation über das Grünbuch zur Kultur- und Kreativindustrie vorgelegt |  |
| - Kommission veröffentlicht Arbeitspapier zu Indikatoren im Jugendbereich                  |  |
| - Studie über Comenius-Assistenzzeiten veröffentlicht                                      |  |
| - Urteil zur EU-Gewaltenteilung – Bewertung der Urteilungsbefolgung nur EuGH-Kompetenz     |  |
| - Programmstart „East-Invest“ für Länder der Östlichen Partnerschaft bekanntgegeben        |  |
-

# I. Aus dem Ausschuss der Regionen

## Plenum verabschiedet zwei Stellungnahmen zur EU-Regionalpolitik

**In seiner Plenartagung vom 31. März/1. April hat der Ausschuss der Regionen zwei Stellungnahmen zur EU-Kohäsionspolitik angenommen: In seinem Bericht zum Fünften Kohäsionsbericht geht das französische Ausschussmitglied Michel Delebarre (SPE) auf die Schlussfolgerungen der Kommission aus ihrer im November letzten Jahres veröffentlichten Mitteilung ein (vgl. zuletzt *Brüssel Aktuell* 11/2011). Die italienische Berichterstatteerin Catiuscia Marini (SPE) behandelt in ihrer Stellungnahme die Zukunft des Europäischen Sozialfonds nach 2013.**

Die Stellungnahme „Fünfter Kohäsionsbericht“ folgt im Wesentlichen dem Aufbau der Schlussfolgerungen der Kommission aus ebendiesem. Der AdR fordert, die Kohäsionspolitik, die zwar in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht habe, deren Ziel der Verringerung von Unterschieden zwischen den europäischen Regionen aber immer noch, u. a. auch aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise, längst nicht erreicht sei, weiterhin mit angemessenen Mitteln auszustatten. Die Mittel sollten, so die Stellungnahme, weiterhin allen Regionen zu Gute kommen, aber vorrangig die weniger entwickelten Regionen berücksichtigen.

### **Zukünftige Architektur**

Im Hinblick auf die zukünftige Architektur der Regionalpolitik hält der AdR die Schaffung einer neuen Zwischenkategorie von Regionen, die zwischen 75 % und 90 % des durchschnittlichen EU-BIPs liegen, für erwägenswert. Ausdrücklich erwähnt die Stellungnahme in diesem Bericht auch die jetzigen „Phasing-out“-Regionen. Ein weiterer Punkt, den der Berichterstatteer aufnimmt, ist die von der Kommission angedachte Einführung neuer Einstufungsindikatoren neben dem BIP. Für möglich erachtet sie hier z. B. die Arbeitslosenquote oder auch den Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. Der AdR tritt des Weiteren für eine verstärkte Territoriale Zusammenarbeit ein. In diesem Zusammenhang unterstreicht er die Notwendigkeit eines besseren Ineinandergreifens der Programme der Territorialen Zusammenarbeit mit territorialen Strategien.

### **Strategie Europa 2020**

Recht kritisch verhält sich der Bericht zu der angestrebten Konzentration auf die Prioritäten aus der Strategie Europa 2020 (vgl. zuletzt *Brüssel Aktuell* 7/2011). Grundsätzlich unterstützt er die Verknüpfung zwar, warnt aber vor einer ausschließlichen Unterordnung der Kohäsionspolitik unter die Strategie. Ebenso rät er von einer allzu starken Beschränkung der Förderprioritäten ab. Eine bessere Berücksichtigung der städtischen Dimension in der zukünftigen Kohäsionspolitik wird vom AdR ausdrücklich gebilligt, allerdings bedauert er auch die fehlende Bezugnahme auf die ländliche Dimension, schließlich nähmen ländliche Räume und stadtnahe Gebiete mehr als 80 % des Gebiets der EU ein. Zu begrüßen ist neben diesem ausgewogenen Ansatz des AdR auch, dass er den Vorschlag der Kommission, der auf eine stärkere Einbeziehung der lokalen und regionalen Mandatsträger im Rahmen der operationellen Programme abzielt, aufnimmt. Gefordert wird an dieser Stelle auch die systematische Zuweisung von Globalzuschüssen. Das Thema einer verstärkten Konditionalität wird in der Stellungnahme differenziert behandelt: Der AdR lehnt eine externe Konditionalität, welche die Kürzung von Strukturfondsmitteln bei Verstößen der nationalen Regierungen, beispielsweise gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt, vorsieht, strikt ab. Eine interne Konditionalität, die an die Inhalte der Kohäsionspolitik gebunden wäre, hingegen könnte seiner Ansicht nach die Wirkungsfähigkeit der Regionalpolitik verbessern.

### **Zur Zukunft des ESF nach 2013**

Teilweise decken sich die beiden verabschiedeten Stellungnahmen: So wird auch im Bericht über „Die Zukunft des Europäischen Sozialfonds nach 2013“ die Bedeutung der Kohärenz mit der Strategie Europa 2020 betont, der einseitigen Beschränkung auf ihre Prioritäten aber eine Absage erteilt. Da der ESF der einzige Strukturfonds sei, der direkt auf den Bürger ausgerichtet ist, müssten alle Regionen von ihm profitieren können, wobei der Umfang sich nach dem Ausmaß der Rückständigkeit in der Region, bspw. im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, richten müsse. Als besonders bedeutend im Rahmen der Strategie

sieht die Berichterstatlerin das intelligente und das integrative Wachstum an. Der Bericht hebt hier v. a. die Ziele der Reduzierung der Schulabbrecherquote und der allgemeinen Armutsbekämpfung, aber auch das Lebenslange Lernen hervor. Begrüßenswert ist, dass auch in dieser Stellungnahme das von der Kommission vorgeschlagene lokale Entwicklungsmodell positiv bewertet und dass auf das Innovationspotenzial lokaler Initiativen verwiesen wird.

Die Entwürfe der Berichte sind unter [www.toad.cor.europa.eu/%2FViewDoc.aspx%3Fdoc%3Dcdr%255Ccoter-v%255Cdossiers%255Ccoter-v-012%255CDE%255CCDR370-2010\\_REV1\\_PAC\\_DE.doc%26docid%3D2751628&rct=j&q=%E2%80%9EDie%20Zukunft%20des%20Europ%C3%A4ischen%20Sozialfonds%20nach%202013%E2%80%9C%20&ei=2QGoTbesEJCcOqDR\\_MsJ&usg=AFQjCNEiPMsTDkum6Rhg\\_GawfpL2PfIXdA&cad=rja](http://www.toad.cor.europa.eu/%2FViewDoc.aspx%3Fdoc%3Dcdr%255Ccoter-v%255Cdossiers%255Ccoter-v-012%255CDE%255CCDR370-2010_REV1_PAC_DE.doc%26docid%3D2751628&rct=j&q=%E2%80%9EDie%20Zukunft%20des%20Europ%C3%A4ischen%20Sozialfonds%20nach%202013%E2%80%9C%20&ei=2QGoTbesEJCcOqDR_MsJ&usg=AFQjCNEiPMsTDkum6Rhg_GawfpL2PfIXdA&cad=rja)

und unter [www.toad.cor.europa.eu/%2FViewDoc.aspx%3Fdoc%3Dcdr%255Ccoter-v%255Cdossiers%255Ccoter-v-011%255CDE%255CCDR369-2010\\_REV1\\_PAC\\_DE.doc%26docid%3D2751624&rct=j&q=f%C3%BCnfter%20koh%C3%A4sionsbericht%20cor&ei=JAKoTfL-B5CVOqiLkcEJ&usg=AFQjCNE\\_SPEUmTalhc6pNKD2tRQzL8TZkQ&cad=rja](http://www.toad.cor.europa.eu/%2FViewDoc.aspx%3Fdoc%3Dcdr%255Ccoter-v%255Cdossiers%255Ccoter-v-011%255CDE%255CCDR369-2010_REV1_PAC_DE.doc%26docid%3D2751624&rct=j&q=f%C3%BCnfter%20koh%C3%A4sionsbericht%20cor&ei=JAKoTfL-B5CVOqiLkcEJ&usg=AFQjCNE_SPEUmTalhc6pNKD2tRQzL8TZkQ&cad=rja) abrufbar. (JL)

## **Sitzung der Interregionalen Donaauraum-Gruppe und Verabschiedung des 2. Initiativberichts**

Am Rande der letzten Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) kam am 1. April auch dessen Interregionale Donaauraum-Gruppe zusammen (vgl. zuletzt *Brüssel Aktuell* 4/2011), um neben der Wahl von Emilia Müller (EVP), Europaministerin Bayerns, zur neuen Vorsitzenden auch einen Meinungsaustausch mit der ungarischen Ratspräsidentschaft zur EU-Donaauraum-Strategie vorzunehmen. Darüber hinaus stellte Peter Langer, Donaubeauftragter des baden-württembergisch-bayerischen Doppelzentrums Ulm/Neu-Ulm, den 2009 in Budapest gegründeten Rat der Donaustädte und -regionen als transnationales Beispiel für kommunale Kooperations- und makroregionale Governance-Strukturen im Donaauraum vor. Solches Engagement aus kommunaler Sicht fordert zudem auch der 2. AdR-Initiativbericht zur EU-Donaauraum-Strategie ein, der abermals vom baden-württembergischen Europaminister Prof. Dr. Wolfgang Reinhart (EVP) federführend erarbeitet und bereits tags zuvor vom Plenum einstimmig angenommen worden war. Erneut unterstreicht der AdR darin die Potenziale, die vom makroregionalen Strategieansatz unter dem Gesichtspunkt der Dezentralisierung und Stärkung der örtlichen Selbstverwaltung ausgingen.

Notwendig geworden war der Wechsel an der Spitze der Interregionalen Donaauraum-Gruppe, nachdem der scheidende baden-württembergische Landtagspräsident und bisherige Vorsitzende, Peter Straub (EVP), altersbedingt nicht erneut zu den dortigen Landtagswahlen Ende März angetreten war und demgemäß auch sein AdR-Mandat in Kürze niederlegen wird. Zur Wahl stand neben der Wiener Landtags- und Stadtratsabgeordneten, Prof. Dr. Elisabeth Vitouch (SPE), und dem Bürgermeister der ungarischen Donau-Stadt Gödöllo, Dr. György Gémesi (EVP), auch die bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Emilia Müller (EVP). Nach einer kurzen Vorstellungsrunde, in der die anwesenden Kandidatinnen ihre bisherigen Verdienste für die Donauregion herausarbeiteten, konnte unter Wahlleitung von Landrat Helmut M. Jahn aus dem Hohenlohekreis, AdR-Vertreter des Deutschen Landkreistags und Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, gleich in der ersten Runde Europaministerin Emilia Müller das erforderliche Mindestvotum von sieben Stimmen auf sich vereinigen. In der anschließenden Aussprache mit der Vertreterin der gegenwärtigen Ratspräsidentschaft unterstrich diese in ihren Ausführungen einmal mehr die Bedeutung, die Ungarn der Strategie beimesse und informierte die Runde darüber, dass die Strategie gute Fortschritte in den Vorbereitungen des Rats mache, so dass mit einer reibungslosen Annahme des Kommissionsvorschlags am 24. Juni 2011 in Budapest durch die EU-Staats- und Regierungschefs zu rechnen sei.

### **Rat der Donaustädte und -regionen als Governance-Beispiel für lokale Strategie-Umsetzung**

Auf die Bedeutung des Themas auch aus kommunaler Sicht ging sodann Peter Langer in seiner Funktion als Sprecher des sog. Rats der Donaustädte und -regionen ein, indem er den Anwesenden dessen Intention sowie Strukturen näherbrachte und dabei insbesondere auf die künftigen Arbeitsschwerpunkte einging. So stünden gegenwärtig neben dem verstärkten Austausch von Verwaltungsmitarbeitern, z. B. bei der kommunalen Abwasserbeseitigung, insbesondere die Professionalisierung von Netzwerken von kommunalen Kulturschaffenden und der Aufbau eines Donau-Jugendwerks analog des französischen und polnischen Vorbilds im Fokus.

### **AdR-Bericht betont zentrale Rolle der Jugend – Strategie dient Stärkung der örtlichen Selbstverwaltung**

Die zentrale Rolle der Jugend würdigt auch der bereits tags zuvor durch das AdR-Plenum einstimmig verabschiedete 2. Initiativbericht. So heißt es unter Verweis auf das konkrete Beispiel des „Young Citizen Danube Network“ (YCDN, <http://www.youngdanubians.eu>) im Bericht des baden-württembergischen Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Prof. Dr. Wolfgang Reinhart, dass es von entscheidender Bedeutung sei, jungen Europäern in einem kontinuierlichen Prozess der gemeinsamen Kommunikation gemeinschaftliche Werte zu vermitteln, um sie für demokratische Verfahren zu sensibilisieren. Kommunale Grundsatzbedeutung kommt zudem der Feststellung zu, dass die Strategie neben der Demokratieförderung die Dezentralisierung sowie die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung im Donaauraum unterstütze. In diesem Zusammenhang hebt der AdR den wichtigen Beitrag der lokalen Gebietskörperschaften beim Abbau von Vorurteilen hin zu einem verstärkten interkulturellen Dialog und bei der Kontaktaufnahme und der Begleitung von KMU-Projekten im Sinne einer grenzüberschreitenden örtlichen Wirtschaftsförderung durch Kommunalpartnerschaften hervor, womit bereits erste konkrete Handlungsfelder zur Strategie-Umsetzung vor Ort benannt sind. Einzusehen ist der Berichtsentwurf unter [http://www.toad.cor.europa.eu/ViewDoc.aspx?doc=cdr%5ccoter-v%5cdossiers%5ccoter-v-013%5cDE%5cCDR86-2011\\_PAC\\_DE.doc&docid=2755226](http://www.toad.cor.europa.eu/ViewDoc.aspx?doc=cdr%5ccoter-v%5cdossiers%5ccoter-v-013%5cDE%5cCDR86-2011_PAC_DE.doc&docid=2755226). (Do)

## II. Aus den europäischen Verbänden

### Workshop zu “ELAC“ für ältere Migranten

Hinter dem Kürzel “ELAC” (European Local Authorities Competition) verbirgt sich eine Initiative zur Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Im Workshop am 14. April wurde der europäische Erfahrungsaustausch mit den Gewinnern des diesjährigen ELAC-Preises vertieft (vgl. zuletzt *Brüssel Aktuell* 6/2011) sowie neue Kooperationen angeregt. Die Entwicklung der europäischen Gesellschaft ist nicht nur durch eine zunehmende Überalterung sondern auch durch eine zunehmende ethnische Vielfalt gekennzeichnet. Dies gilt es als Chance zu nutzen.

Organisiert wurde der Workshop unter der Schirmherrschaft des Europäischen Parlaments vom Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen (MGEPA), dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), dem Ausschuss der Regionen, der AktionCourage e. V. sowie der Europäischen Kommission (Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration).

### Hintergründe für das Europäische Jahr des Aktiven Alterns und der intergenerationellen Solidarität 2012

Ralf Jakob, Referatsleiter der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration erläuterte zu Beginn die Hintergründe für die Widmung des Europäischen Jahres 2012 als Jahr des Aktiven Alterns und der intergenerationellen Solidarität. Er berief sich dabei u. a. auf den Dritten Bericht zur Demografie in der EU, den die Kommission am 1. April vorgestellt hatte. Im Vergleich zu 2008 ist die Lebenserwartung sowie die Geburtenrate (von EU-weit 1,45 auf 1,6 Kinder je Frau) leicht gestiegen. Zukünftig sei zudem ein europaweiter Zuwachs an jährlich zwei Mio. Menschen mit 60 Jahren und älter zu erwarten. Weiter nähme die Mobilität der EU-Bürger stark zu. Mittlerweile habe jeder fünfte Befragte entweder im EU-Ausland gearbeitet oder studiert, einen ausländischen Lebenspartner oder besitze Eigentum im Ausland. Jährlich immigrieren ein bis zwei Mio. Nicht-EU-Bürger in die 27 Mitgliedstaaten. Bis 2060, so die These der Studie, werde sich der Anteil der Migranten und ihrer Nachkommen in der EU verdoppeln. Dem Bericht zufolge leben die Europäer länger und gesünder, der demografische Wandel sei auch unter den Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sichtbar. Der aktuelle Bericht (dreisprachig) ist unter <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=6688&langId=en> abrufbar. Die Botschaften des Europäischen Jahres 2012 sollten daher sein, so Ralf Jakob, mehr Beschäftigung für Frauen und ältere Arbeitnehmer, mehr Teilhabe älterer Menschen und Pfleger sowie ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Hierzu sei allerdings kein eigenes Budget im Haushalt vorgesehen, da in den unterschiedlichen aktuellen Förderprogrammen der EU die Thematik berücksichtigt würde – die Abgeordneten des Europäischen Parlaments würden gerne mindestens sechs Mio. Euro im Finanzrahmen dafür vorsehen (siehe *Brüssel Aktuell* 10/2011).

### Kreative Initiativen für kleine Zielgruppen im ländlichen Raum – ein Beispiel aus Schottland

Angesichts allerorts knapper finanzieller Mittel kreative Lösungen zu finden sei die Herausforderung, so Suzanne Munday, Geschäftsführerin der Initiative MECOPP (Minority Ethnic Carers of Older People Project) aus Edinburgh (GB), welche ältere Migranten in der Pflege unterstützt und zudem Gewinnerinitiative des ELAC-Preises. Suzanne Munday beschrieb folgende Möglichkeit auch für einen kleinen Kreis von Interessenten im ländlichen Raum zu entwickeln. In Schottland leben fünf Mio. Einwohner, etwas weniger als 6.500 Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind älter als 60 Jahre. Schottland ist weiter gekennzeichnet von einer Vielzahl kleiner Gemeinden. Wie also bspw. kultursensible Pflege für zehn ältere Migrantinnen mit südasiatischen Wurzeln in einer solch kleinen Kommune ermöglichen? In Schottland existiert die Option, sollten bestimmte Dienstleistungen vor Ort nicht angeboten werden können, sich das monetäre Äquivalent ausbezahlen zu lassen. Dieses Geld legten die Frauen zusammen, sie selbst wollten jedoch nicht die Verpflichtungen eines Arbeitgebers für eine Pflege- und Unterstützungskraft eingehen. Dies übernahm MECOPP für sie und so ermöglichten sich die Migrantinnen gemeinsam ein entsprechendes Angebot. Nähere Informationen zur Initiative sind unter <http://www.mecopp.org.uk/> einsehbar.

## **Weiterführende Informationen zu ELAC**

Nähere Informationen zu ELAC und eine deutsche Beschreibung aller mit dem Preis ausgezeichneten Initiativen können unter <http://www.aktioncourage.org/ELAC> eingesehen werden. Ansprechpartner für ELAC sind Dr. Claus Eppe, Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen, unter Tel.: 0211-8618 3320 bzw. E-Mail: [claus.eppe@mgepa.nrw.de](mailto:claus.eppe@mgepa.nrw.de) oder Cornelia Schröder, AktionCourage e. V. – SOS Rassismus, unter Tel.: 0228-213061 bzw. E-Mail: [c.schroeder@aktioncourage.org](mailto:c.schroeder@aktioncourage.org), erhältlich. (KS)

### III. Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

#### **Energieeffiziente Mobilität in einer älter werdenden Gesellschaft**

**Am 8. April fand im Ausschuss der Regionen die Abschlusskonferenz zum EU-Projekt AENEAS mit dem englischsprachigen Titel „Green Mobility for Active Ageing“ statt. Teil des Projektkonsortiums ist auch die Stadt München bzw. die Münchner Verkehrs Gesellschaft sowie der Münchner Umweltschutzverein Green City e.V. Vertreter des Parlaments sowie unterschiedlicher Generaldirektionen der Kommission, Mitglieder des Ausschusses der Regionen, Vertreter von Nicht-Regierungsorganisationen auf europäischer Ebene und der kommunalen Projektpartner zogen ein Resümee. AENEAS startete im August 2008 und ist ein aus dem europäischen Programm „Intelligente Energie – Europa“ (Intelligent Energy Europe, IEE) gefördertes Projekt.**

Das Akronym AENEAS steht für „Attaining Energy-Efficient Mobility in an Ageing Society“ (Energieeffiziente Mobilität in einer älter werdenden Gesellschaft). Dabei handelt es sich um ein gemeinsames Projekt von fünf Städten und sieben Organisationen. Neben München waren auch die Städte Salzburg (Österreich), Krakau (Polen), Odense (Dänemark) sowie Donostia – San Sebastian (Spanien) beteiligt. Ziel von AENEAS ist es, auf lokaler Ebene ein Netzwerk zu schaffen, in dem mit Hilfe unterschiedlicher Maßnahmen einzelner Kommunen zwei Herausforderungen einer modernen Gesellschaft – den Bedürfnissen einer alternden Gesellschaft und der Schaffung einer nachhaltigen städtischen Mobilität – begegnet werden können. Die Maßnahmen sollen im Sinne von Klimaschutz und Energieeffizienz Fußläufigkeit, Radfahren und Nutzung von öffentlichem Nahverkehr fördern. Siegfried Rupprecht von Rupprecht Consult, den Koordinatoren von AENEAS, betonte, dass es sich dabei nicht um zwei unabhängig voneinander geführte Diskussionen handeln dürfe.

#### **Pilotprojekte in dauerhafte Maßnahmen auf kommunaler Ebene überführen**

Während der ersten Podiumsdiskussion am Vormittag mit Vertretern des Parlaments, den Generaldirektionen Beschäftigung, Soziales und Integration, Forschung und Innovation sowie Gesundheit und Verbraucher sowie dem Bürgermeister der Stadt Donostia – San Sebastian, Odón Elorza, und Anders Meuller, Stadt Gothenburg und Mitglied von POLIS, wurde gezeigt, dass AENEAS nicht nur auf die heutige ältere Generation ausgerichtet ist. Die Zahl der weiblichen Führerscheininhaber wird von Generation zu Generation stark ansteigen, genauso wie die „Auto“-Verbundenheit der künftigen Zielgruppe. Nicht nur innerhalb einer Generation sind Senioren äußerst heterogen, sondern auch zwischen den Jahrgängen gibt es erhebliche Unterschiede in Verhaltensweisen und Einstellungen. Diese gilt es zu berücksichtigen, sollte eine städtische Mobilitätsplanung tatsächlich nachhaltig sein.

#### **Beteiligung der Bürger – Maßnahmen an die Bedürfnisse der Bürger anpassen**

Durch die Arbeit und den Austausch über das Projekt AENEAS, so der Bürgermeister von Donostia – San Sebastian, sei ein tieferes Verständnis und Bewusstsein auf kommunaler Ebene darüber gewachsen, dass Verkehr und soziale Aspekte miteinander verbunden sind. Neben dem politischen Willen in Infrastrukturen zu investieren, sei es gerade für die Entwicklung von Maßnahmen essentiell, die Bedürfnisse der Zielgruppe zu erfahren. Die Beteiligung der Bürger im Entscheidungsprozess zu einem möglichst frühen Zeitpunkt sei daher unerlässlich. Schließlich sei die „Altersfreundlichkeit“ als Freundlichkeit gegenüber allen Altersgruppen aufzufassen, so Anne-Sophie Parent, Generalsekretärin der Plattform AGE, ein Netzwerk von Senioren-Organisationen Europas. Weitere Informationen zu AGE können dem englischsprachigen Internetauftritt der Plattform entnommen werden <http://www.age-platform.org/>.

#### **Mobilitätsplanung muss technische Standards und zugleich „weiche“ Maßnahmen beinhalten**

Die Kombination technischer Standards und Infrastrukturen mit so genannten „weichen“ Maßnahmen mache die Mobilitätsplanung nachhaltig, so das Resümee der Vertreter der Städte am Nachmittag. „Weiche“ Maßnahmen können sein, Schulungen für ältere Menschen, die sie dabei unterstützen für geplante Reisen das richtige Ticket zu finden, oder Trainingsmaßnahmen für Beschäftigte von Verkehrsbetrieben, z. B. ein auf die Bedürfnisse älterer Menschen, die z. T. aus Angst vor Sturzgefahr öffentliche Verkehrsmittel meiden, abgestimmtes Fahrtraining. Investitionen in Infrastrukturen oder in technische Standards seien in Verbindung mit „weichen“ Maßnahmen gerade dann tatsächlich wirksam, wenn

ältere Menschen bspw. zunehmend Vertrauen in die Fahrqualitäten im öffentlichen Nahverkehr fassten und das Angebot auch nutzten. Als „weiche“ Maßnahmen hatte man sich bspw. in München auf Direktmarketing für ältere Menschen, Internetkurse zur individuellen Reiseplanung per Computer oder ein umfangreiches Trainingsprogramm zur sicheren Mobilität zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem öffentlichen Nahverkehr konzentriert. Auf die Frage, ob es richtig gewesen sei, sich innerhalb von AENEAS auf „weiche“ Maßnahmen zu fokussieren, meinte Gunter Mackinger, Verkehrsdirektor der Salzburg AG, dass sich seine bisherige Meinung über das Verhältnis von „harten“ zu „weichen“ Maßnahmen durch die Erfahrungen in AENEAS komplett geändert hätte. Heute würde er stärker für ein Verhältnis von 75 % „weicher“ zu 25 % Maßnahmen im Sektor Infrastruktur plädieren. Städte seien im Hinblick auf die Ausstattung meist zwar gut aufgestellt, so Sabine Nallinger, Münchner Verkehrsgesellschaft und Münchner Stadträtin, AENEAS hätte hier jedoch gezeigt, dass eine wichtige „Lücke“ zwischen Inanspruchnahme und Infrastruktur gefüllt werden könne.

Ein besonderer Höhepunkt der Veranstaltung war die Präsentation von Gunda Krauss. Die mittlerweile 72-Jährige radelte vor zwei Jahren mit ihrem Dreirad über 1000 km von München nach Rügen. Ein Folgeprojekt ist schon in Planung, gemeinsam mit einer Rollstuhlfahrerin wird sie Bayern bereisen. Auf der Internetseite <http://www.gunda-unterwegs.de/> können zusätzliche Informationen über ihre 49-tägige Reise nachgelesen werden.

### **Weitere Informationen**

Nähere Informationen zu den einzelnen Maßnahmen der Projektpartner aus Donostia – San Sebastian, Krakau, München, Odense und Salzburg können auf der Internetseite des Projektes unter [http://www.aeneas-project.eu/de/?page=about\\_de](http://www.aeneas-project.eu/de/?page=about_de) eingesehen werden. Ansprechpartnerin bei der Stadt München, Kreisverwaltungsreferat, ist Frau Johanna Balthesen, Tel: +49 (0)89 2332-2442, E-Mail: [johanna.balthesen@muenchen.de](mailto:johanna.balthesen@muenchen.de).

Noch bis zum **12. Mai 2011** können Anträge zum aktuellen Aufruf des Programmes Intelligente Energie – Europa eingereicht werden (vgl. zuletzt *Brüssel Aktuell* 2/2011). (KS)

## IV. EU-Depeschen

**Binnenmarktakte – Europäisches Parlament segnet Fahrplan für Binnenmarktgesetzgebung ab:** In der Plenartagung des EU-Parlaments vom 6. April wurden in drei Entschließungen die Empfehlungen für die Binnenmarktakte, den 50 Vorschlägen der EU-Kommission vom Oktober 2010 (siehe *Brüssel Aktuell* 36/2010), um die Verwirklichung des Binnenmarkts voranzutreiben, angenommen. Die drei Berichte des Parlaments (siehe *Brüssel Aktuell* 4/2011) wurden mit großer Mehrheit verabschiedet. Nun ist es an der Kommission, die angekündigten Gesetzesvorschläge vorzulegen. Die vorläufige Version des Berichts der lettischen Abgeordneten Sandra Kalniete (EVP) mit dem Titel „Governance und Partnerschaft“ ist unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0144+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>, der des rumänischen Parlamentariers Christian Bușoi (ALDE) zum „Binnenmarkt für Unternehmen und Wachstum“ ist unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0146+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> und der Bericht von Antonio Fernando Correia de Campos (S&D, P), mit dem Namen „Ein Binnenmarkt für den europäischen Bürger“ ist unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0145+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> abrufbar. (AG)

**Parlament diskutiert über Zukunft der Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse:** Im federführenden Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten wurde am 14. April der Initiativbericht des irischen Abgeordneten Proinsias De Rossa (S&D) (siehe *Brüssel Aktuell* 10/2011) diskutiert. Insgesamt seien dazu 285 Änderungsanträge eingereicht worden, über die es nun einen Konsens zu erzielen gelte, in Kürze werde ein Kompromisstext vorbereitet, so der Berichterstatter. Er betonte, dass sich Art. 14 AEUV und das Protokoll Nr. 26 mit Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (DAI) befassen, zu denen auch Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse (SDAI) sowohl wirtschaftlicher als auch nichtwirtschaftlicher Art gehören. Herausforderung sei es nun, für die SDAI auf dieser Rechtsgrundlage einen sicheren und zugleich flexiblen Rahmen in Form einer Verordnung zu schaffen, um die sozialen Ziele der EU zu fördern. Als offiziellen Rahmen für die Umsetzung der notwendigen Reformen schlägt de Rossa die Einrichtung einer Taskforce aus Interessensträgern vor, was in zahlreichen Änderungsanträgen jedoch kritisiert werde. Er sprach sich gegen den Kommissionsvorschlag aus, den Ausschuss für Sozialschutz, ein beratendes Gremium aus Vertretern der 27 Mitgliedstaaten und der Kommission (Art. 160 AEUV) damit zu befassen, es sei nun vielmehr eine politische Diskussion nötig. Die Schattenberichterstatterin Regina Bastos (EVP, P) betonte die Wichtigkeit des Themas, was die große Zahl der Änderungsanträge zeige, in denen sich auch eine klare Trennlinie der verschiedenen Ideologien aufzeige. Der Entwurf des Initiativberichts von Proinsias de Rossa, der Druck auf Gesetzesinitiativen der Kommission ausüben soll, ist unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONGML+COMPARL+PE-438.251+02+DOC+PDF+V0//DE&language=DE> abrufbar. Am 24. Mai 2011 wird die Debatte um einen Kompromiss weitergeführt und am 25. Mai 2011 wird über die Änderungsanträge abgestimmt. (AG)

**Anhörung der Kommission und Sozialpartner zur Novellierung der Arbeitszeitrichtlinie:** Am 14. April tauschten sich im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten die Mitglieder des Europäischen Parlaments mit der EU-Kommission und den Sozialpartnern auf europäischer Ebene über den aktuellen Stand zur Überarbeitung der Arbeitszeitrichtlinie aus. Die Kommission hatte bis zum 25. März – die Frist zur Einreichung von Beiträgen war um ca. vier Wochen verlängert worden – 15 Antworten zur zweiten Phase der Konsultation erhalten (vgl. zuletzt *Brüssel Aktuell* 1/2011). Nach Anhörung der Kommission und der Positionen der Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände auf EU-Ebene zeigten sich die Abgeordneten überwiegend enttäuscht bis entrüstet. Einige unter Ihnen waren bereits von 2004 bis 2009 beim ersten, gescheiterten Versuch, die Arbeitszeitrichtlinie 2003/88/EG zu überarbeiten, involviert gewesen. Deshalb sei die u. a. von BUSINESSEUROPE, EGB, CEEP oder EGÖD vorgetragene Liste der Interessenkonflikte wie „individuelles ‚Opt-out‘“, „Rufbereitschaft“, „Ausgleichsruhezeit“ und „Referenzrahmen für die Berechnung der durchschnittlichen Arbeitszeit“ geradezu ein Déjà-vu-Erlebnis. Übergeordnetes Ziel einer Novellierung der Richtlinie solle der Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer sein, so die Abgeordneten. Dies würde jedoch in den bisherigen Bemühungen der Kommission und der Sozialpartner vermisst. (KS)

**Konsultation zu elektronischen Gesundheitsdiensten 2012 – 2020:** Die Kommission startete am 31. März eine öffentliche Online-Konsultation zum Aktionsplan elektronischer Gesundheitsdienste, dem eHealth Action Plan (eHAP) 2012 – 2020. Die Umfrage ist bis zum **25. Mai um 16:00 Uhr Ortszeit Brüssel** geöffnet. Der Aktionsplan fußt auf den beiden Flugschiffen der Europa 2020-Strategie, der Digitalen Agenda sowie der Innovationsunion. Die Kommission erachtet den Einsatz von IKT-Lösungen als einen maßgeblichen Beitrag zur künftigen, nachhaltigen gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung. Ziel ist es, eine verbesserte Patientenversorgung und höhere Effizienz im Gesundheitswesen zu erzielen, der mit Blick auf den kommunalen Versorgungsauftrag in entlegenen Gebieten, die nur eine schlechte oder gar keine medizinische Versorgung aufweisen, eine besondere Bedeutung zukommt. Mit Hilfe der Konsultation möchte die Kommission mehr über die Möglichkeiten und Vorteile elektronischer Gesundheitsdienste erfahren sowie Wege eröffnen dies der Öffentlichkeit zu kommunizieren. Da es in den einzelnen Mitgliedsstaaten unterschiedliche Ansätze gibt, ist auch die Frage der Interoperabilität von zentraler Bedeutung. Die Kommission versucht ebenso zu eruieren, wie für Patienten und Anbieter von Gesundheitsdiensten mehr Rechtssicherheit geschaffen werden könne. Schließlich soll aufgezeigt werden, wie Forschung in diesem Bereich und damit die Position des europäischen Marktes bei elektronischen Gesundheitsdiensten gestärkt würde. Hintergrund und Zielsetzung zur Konsultation sowie der Online-Fragebogen können in englischer Sprache unter [http://ec.europa.eu/information\\_society/activities/health/ehealth\\_ap\\_consultation/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/activities/health/ehealth_ap_consultation/index_en.htm) nachgelesen werden. (KS)

**EU-Verordnung zu Kriterien für das Ende der Abfalleigenschaft bestimmter Schrottarten:** Am 8. April wurde die Verordnung (EU) Nr. 333/2011 des Rates vom 31. März 2011 mit Kriterien zur Festlegung, wann bestimmte Arten von Schrott gemäß der Richtlinie 2008/98/EG nicht mehr als Abfall anzusehen sind im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Darin sind Kriterien definiert, wann aus Eisen-, Stahl- und Aluminium-Schrott gewonnenes Material nicht mehr Abfall ist, sondern wieder in den Status Produkt (Nichtabfall) überführt werden kann. Die Verordnung fußt auf Artikel 6 Abs. 2 der EU-Abfallrahmenrichtlinie 2008/98/EG. Voraussetzung für das Abfallende ist ein vom Hersteller angewendetes Qualitätsmanagement sowie der für jede Schrottsendung erbrachte Nachweis in Form einer Konformitätserklärung, dass alle Kriterien eingehalten würden. Die Verordnung tritt 20 Tage nach Veröffentlichung in Kraft. Sie gilt nach einer sechsmonatigen Übergangsphase – am **9. Oktober 2011** – unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat. Die Verordnung, kann unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:094:0002:0011:DE:PDF> eingesehen werden. Aktuell arbeitet die Kommission an entsprechenden Kriterien für Kupfer, Papier, Glas und Kompost. (KS)

**Auswertung der Konsultation über das Grünbuch zur Kultur- und Kreativindustrie vorgelegt:** Die Konsultation über das Grünbuch der Kultur- und Kreativindustrie (vgl. zuletzt *Brüssel Aktuell* 3/2011) ist nunmehr abgeschlossen und wurde von der Kommission am 24. März veröffentlicht. Ziel der Befragung war es, Anregungen von öffentlichen Einrichtungen, Unternehmen und der Zivilgesellschaft über die Bedeutung des Kultur- und Kreativindustriesektors in Europa zu erheben. Die Ergebnisse bestätigen nach Kommissionsinterpretation, dass kulturelle und kreative Branchen ein starker Motor für Beschäftigung, Wachstum, Exporterlöse, kulturelle Vielfalt und soziale Eingliederung in Europa darstellen und dass sie einen wichtigen Beitrag zur Europa 2020-Strategie liefern können. Die gesamte Auswertung kann auf Englisch unter [http://ec.europa.eu/culture/our-policy-development/doc/analysis\\_green\\_paper.pdf](http://ec.europa.eu/culture/our-policy-development/doc/analysis_green_paper.pdf) nachgelesen werden. (Pr/Do)

**Kommission veröffentlicht Arbeitspapier zu Indikatoren im Jugendbereich:** Die Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission hat am 25. März einen Bericht veröffentlicht, der Kriterien, Messdaten und Kennzahlen zur einheitlichen Beschreibung der Situation der Jugendlichen in der EU vorschlägt. Auf der Grundlage eines EU-weit einheitlichen Indikatorsystems ließen sich Erfolge und Defizite der Jugendarbeit und -politik in den Mitgliedstaaten besser vergleichen und politische Maßnahmen besser und grenzübergreifend koordinieren. Mit EU-weit einheitlichen Indikatoren will sich die Kommission ihrem Ziel, der im November 2009 beschlossenen EU-Jugendstrategie, nähern (vgl. *Brüssel Aktuell* 17/09). Der Bericht stellt fest, dass in Deutschland bisher kein einheitliches System von Referenzgrößen zur Bewertung der Jugendpolitik existiert und die Zuständigkeit nach SGB VIII über alle Ebenen verteilt ist. Die Studie bewertet die Niederlande, Schweden und Slowenien als europäische

Vorreiter in der Anwendung von Indikatoren. Das 162-seitige Dokument ist in englischer Sprache unter <http://www.jugendpolitikineuropa.de/downloads/4-20-2827/110318%20-%20ECORYS%20Final%20Report.pdf> abrufbar. (Pr/JL)

**Studie über Comenius-Assistenzzeiten veröffentlicht:** Kürzlich wurde die von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene „Studie über die Auswirkungen von COMENIUS-Assistenzzeiten“ veröffentlicht, mit welcher die Auswirkungen von Comenius auf die Schulbildung in Europa beurteilt und die Möglichkeiten zur Erhöhung der Wirksamkeit des Programms herausgearbeitet werden sollen. An dieser Web-basierten Umfrage nahmen mehr als 3.100 ehemalige Assistenzkräfte und 1.170 Gastschulen teil, deren Anträge zwischen 2000 und 2009 genehmigt worden waren. Die Mehrheit beider Gruppen äußerte sich sehr zufrieden oder zufrieden mit den Ergebnissen der Assistenzzeit. Die Lehrtätigkeit im Ausland habe nicht nur zur Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse und der interkulturellen Kompetenz beigetragen, sondern ebenfalls einen Beitrag zur Verbesserung der pädagogischen Fähigkeiten geleistet. Deutschland entsendet im Durchschnitt die meisten Assistenzkräfte pro Jahr (rund 140), gefolgt von Italien (rund 115) und Großbritannien (rund 100). Hauptgastländer dagegen sind Spanien und Frankreich, die jeweils rund 155 und 125 Assistenten im Jahresdurchschnitt empfangen. Die gesamte Studie ist nur in englischer Sprache [http://ec.europa.eu/education/more-information/doc/2010/comeniusreport\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/education/more-information/doc/2010/comeniusreport_en.pdf) erhältlich. Die deutsche Übersetzung der Zusammenfassung ist unter [http://ec.europa.eu/education/more-information/doc/2010/comeniusum\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/education/more-information/doc/2010/comeniusum_de.pdf) abrufbar. (CR)

**Urteil zur EU-Gewaltenteilung – Bewertung der Urteilbefolgung nur EuGH-Kompetenz:** Zu diesem Schluss kamen die Luxemburger Richter des Gerichts der Europäischen Union in einer Entscheidung vom 29. März (T-33/09). So hatte Portugal nach einer ersten Verurteilung durch den EuGH im Jahre 2004 wegen Nichtvereinbarkeit von nationalen Regelungen mit dem EU-Vergaberecht und der anschließenden Festsetzung eines Zwangsgelds in Höhe von 19.392 € pro Tag durch ein weiteres EuGH-Urteil im Januar 2008 wenige Wochen später bereits mit einer ersten Gesetzesänderung versucht, diesem Defizit nachzukommen. Nach erneuter Beanstandung durch die EU-Kommission erfolgte daraufhin – obwohl Portugal die EuGH-Bedingungen als bereits erfüllt ansah – im Juni 2008 eine zweite, die EU-Kommission sodann zufriedenstellende Gesetzesnachbesserung. Unabhängig davon verlangte die Kommission jedoch in der Folge auch die Zahlung jener Zwangsgelder aus dem Zeitraum zwischen erster und zweiter Gesetzesnovelle, ohne zuvor gegen den aus ihrer Sicht unzureichend ausgeräumten Rechtsverstoß Portugals in einem erneuten Vertragsverletzungsverfahren formell vorzugehen. Hierauf hatte Portugal vor dem Gericht die Nichtigerklärung der Kommissionentscheidung beantragt. In ihrer Grundsatzentscheidung folgten die Richter nunmehr diesem Antrag, indem sie die Kommission in ihre kompetenziellen Schranken verwiesen und betonten, dass die Zuständigkeit für die Prüfung der Verletzung der Verpflichtungen eines Mitgliedstaats aus dem Unionsrecht ausschließlich dem EuGH vorbehalten sei. Einzusehen ist das Urteil nach Eingabe des Aktenzeichens unter [http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j\\_6/](http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/). (Do)

**Programmstart „East-Invest“ für Länder der Östlichen Partnerschaft bekanntgegeben:** Das EU-Programm „East-Invest“ wurde Ende März 2011 in Brüssel von den 85 beteiligten Partnern, darunter Unternehmensverbände aus der EU und den Ländern der Östlichen Partnerschaft samt Arbeitsplan offiziell gestartet. Insgesamt steht ein Gesamtbudget von 8,75 Mio. € zur Verfügung. Es handelt sich dabei um eine regionale Initiative zur Erleichterung von Handel und Investition zwischen den EU-Mitgliedstaaten, der Türkei und den sechs östlichen Partnerländern Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Ukraine und Weißrussland. Schwerpunkt der Zusammenarbeit liegt auf kleineren und mittleren Unternehmen aus diesen Staaten. Die wichtigsten Ziele sind der Aufbau von Unternehmensnetzwerken und die Förderung des Austauschs zwischen öffentlichen und privaten Organisationen. Weitere Informationen können in englischer Sprache unter <http://www.east-invest.eu> abgerufen werden. (Pr/Do)